

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal exkl. Bestellgeld.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Coppfenstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro Spaltige Zeitspalt 20 Pf.,  
für Verbandsangehörige 10 Pf.  
Privatanzeigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Dr. 50

Stuttgart, den 15. Dezember 1900

16. Jahrgang

## Bekanntmachung

### des Verbandsvorstandes.

1. Ausgeschlossen nach der Bestimmung des § 14 b im Statut wurde:  
in Charlottenburg der Buchbinder Willy Keil aus Berlin, Buchnummer 21163;  
in Leipzig der Buchbinder Otto Dent aus Zöbzig, Buchnummer 21181;  
in Hanau der Buchbinder Leopold Destreicher aus Neustadt, Buchnummer 23140.

2. Die ausgefüllten Fragebogen für Personen-, Werkstatt- und Ortsstatistik erbitten wir an dem zur Einsendung bestimmten Termin (15. Dezember) an Unterzeichneten seitens der Bevollmächtigten abzuführen zu wollen.

Der Verbandsvorstand.  
I. A.: A. Dietrich.

## Der neue Zolltarif und die gewerkschaftliche Organisation.

Die deutschen gewerkschaftlichen Organisationen werden in allernächster Zeit gezwungen sein, einer Frage von großer Bedeutung und Tragweite ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden und sie in den Kreis ihrer Agitation hineinzuziehen: es ist der neue Zolltarif. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, diese Frage als eine politische aufzufassen, sie ist eine fast rein wirtschaftliche und wird auch von den Ausbeutern aller Schattierungen als solche behandelt. In der Frage des zukünftigen Zolltarifs ist mehr eingeschlossen als die kapitalistischen Handelsbeziehungen zu anderen Ländern; der neue Zolltarif entscheidet in Wahrheit über die Arbeitslöhne, die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterklasse in der nächsten Zukunft. Aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften gezwungen, alsbald ihre Stimme zu erheben, damit nicht bloß die Interessen des Ausbeutertums, sondern auch diejenigen der deutschen Arbeiterklasse Berücksichtigung finden.

Bisher ist die Frage rein als eine solche aufgefaßt worden, die das Ausbeutertum allein angeht. Das ist der große Fehler, der sich nun in einer vollständigen Ausbreitungsfrage der Arbeiterinteressen seitens der Regierung bei den zollpolitischen Verhandlungen zu äußern beginnt.

Die deutsche Industrie, von deren gesunder Weiterentwicklung unser Aller Wohlhergehen, die wir Industriearbeiter sind, abhängig ist, ist heute bereits in hohem Grade Exportindustrie. Bei einer solchen entscheiden die vertraglichen Handelsbeziehungen zu anderen Ländern über industriellen Fortschritt oder Rückgang. Bisher galten die Handelsverträge, die durch den Grafen Caprivi abgeschlossen worden waren. Sie waren uns nicht besonders günstig, weil bei ihrem Abschluß das agrarische Volksausbeutungsinteresse zu mächtig war. Inbesseren waren sie immerhin befähigt, zu einem guten Teile den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten sechs Jahre mit herbeiführen zu helfen. Sie führten günstige Absatzbedingungen mit Rußland, Oesterreich, Amerika, England u. s. w. herbei, sie schafften durch die Herabsetzung des Getreidezolls von 5 Mk. auf 3,50 Mk. pro Doppelzentner in gewissem Sinne billige Lebensmittel und bereiteten so den Boden für die Entwicklung der deutschen Exportindustrie, von der wir Alle Vorteile gehabt haben, wie ein einfacher Vergleich der gewerkschaftlichen Organisationsziffern von 1893 und 1900 dies zeigt.

Diese Handelsverträge laufen 1903 ab und gegenwärtig beobachten wir, wie bei der Vorbereitung der neuen Verträge respektive des neuen Zolltarifs die agrarischen Ausbeuter und ein Teil der industriellen Ausbeuter, die von hohen Einfuhrzöllen den Vorteil haben, daß sie die Konkurrenz der ausländischen Industrie auf dem heimischen Markte behindern, mit Wienfleiß an der Arbeit sind, unsere ganze bisherige industrielle Entwicklung aufzuhalten und die Erwerbsverhältnisse der deutschen Arbeiter zu verschlechtern, um ihren Geldbeutel auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse zu füllen.

Bei der Vorbereitung des neuen Zolltarifs haben sich die agrarischen und industriellen Ausbeuter zu einem „wirtschaftlichen Ausschuß“ zusammengethan, der das Reichsamt des Innern beim Abschluß der Verträge „berathen“ soll. Von vornherein hat man auf die Zuziehung von Arbeitern verzichtet. Nicht ein Vertreter der deutschen Arbeiterklasse war im wirtschaftlichen Ausschuß, um das Arbeiterinteresse gegenüber den unverhüllt hervortretenden Sonderinteressen des Ausbeutertums aller Spielarten zu vertreten. So konnte denn, unbehindert von den Forderungen der Arbeiter, die tolle Interessengerei der koalirten Ausbeuter beginnen und so zeigte sich nun wieder einmal, daß der „Schutz der nationalen Arbeit“ eine eitle Schwindelphrasen ist und daß das Ausbeutertum immer nur an sein Sonderinteresse denkt und sich um die Gesamtheit den Teufel kümmert.

Die agrarischen Ausbeuter, die hochmögenden Herren von Ar und Halm, sind begierig auf hohe landwirtschaftliche Zölle, um den Preis der Lebensmittel der deutschen Arbeiterklasse in die Höhe zu treiben. Um die Unterstützung der industriellen Ausbeuter für diesen edlen Zweck zu gewinnen, versprach man diesen höhere Zölle auf ausländische Industriegeräthe, ausländische Fahrräder und Fahrradtheile, Maschinen u. s. w. So ist ein regelrechtes Handelsgeschäft zu Stande gekommen, dessen Kosten von den industriellen Arbeitern getragen werden müssen.

Vom Jahre 1903 ab werden die deutschen Arbeiter zu leiden haben unter einer unerhörten Lebensmittelvertheuerung. Durch die Erhöhung der Getreide-, Fleisch- und Viehzölle und aller anderen landwirtschaftlichen Zölle wird die Zufuhr vom Ausland auf ein Minimum beschränkt werden und der Industriearbeiter angewiesen sein auf die theuere Produktion des Inlandes. Gleichzeitig aber stehen wir vor der Gefahr einer allgemeinen Verschlechterung der Löhne und der Unsicherheit der Arbeiterexistenz. Wenn die Landwirtschaft und Industrie des Auslandes, die an den deutschen Markt liefern, mit hohen Zöllen beschränkt werden, wird das Ausland auch gegenüber den deutschen Waaren nicht mehr die bisherige Reziprozität üben. Die deutsche Eisen- und Maschinenindustrie, die Textilindustrie u. s. w. ist fast völlig angewiesen auf den ausländischen Markt. Wird ihr dieser beschränkt, so ist die Folge der Krach! Und der Krach nicht bloß in diesen Industriezweigen, sondern in allen, die von ihnen abhängig sind. Zu solchen, von der Entwicklung der übrigen völlig abhängigen Industriezweigen gehört auch der unsere. Jede Verschlechterung der Konjunktur werden wir am ehesten zu spüren bekommen.

Wie groß die Gefahr durch die wüste Interessengerei des Ausbeutertums für uns geworden ist, möge ein Beispiel zeigen. Die Ausbeuter der deutschen Holz- und Holzschliffindustrie, die der Papier-

industrie den Rohstoff liefern, verlangen für sich die zollfreie Einfuhr der zur Verarbeitung nöthigen Holzflözer. Dagegen läßt sich gewiß nichts sagen, weil die Holzschleifereien dann im Stande sein würden, der Papierindustrie zu bedeutend niedrigeren Sägen als den heutigen hohen Papierpreisen zu liefern. Gleichzeitig aber verlangen sie eine bedeutende Erhöhung des Einfuhrzolls für ausländischen Holzstoff und Holzschliff, um so die deutsche Papierindustrie von sich abhängig machen und die Preise zu noch toller Höhe als heute hinauf-treiben zu können. Nun hat die deutsche Papierindustrie auf dem Weltmarkt den Kampf mit einer so starken Konkurrenz zu führen, daß sie den Weltmarktpreis ihres Produkts nicht erhöhen kann. Sie verlangt deshalb ihrerseits Erhöhung der Papiereinfuhrzölle und da sie die durch die Erhöhung des Holzolls geschaffene Vertheuerung ihres Produkts nicht auf den ausländischen Markt abwälzen kann, so ist die Folge, daß sie sie dem inländischen Verbraucher aufhalten wird. Die Buchdruckerei und Papierverarbeitung mag sie bezahlen und unser Unternehmertum wird sich seinen gewohnten Profit schon zu sichern wissen, indem es die Arbeitslöhne um die Papiervertheuerung kürzt.

Und wie bei uns so in allen Industrien! Die zollpolitischen Geschenke, die sich die Ausbeuter, die agrarischen wie die industriellen, gegenseitig machen, sie müssen von der Arbeiterklasse bezahlt werden als Produzenten wie als Konsumenten in Form verkürzten Arbeitslohns und erhöhter Einkaufspreise. Daher haben die Arbeiter die Pflicht sich zu wehren! Jeder Kampf, der heute geführt wird um den Arbeitslohn, hat doppelte Bedeutung. Das kapitalistische Ausbeutertum hat heute als Wahlspruch nur die Worte Delbrücks: „Es ist das Geheimniß der Zeit, keine Zinsen zu verlieren.“

Wohlan, möge die organisierte Arbeiterschaft dafür sorgen, daß der Kapitalismus nicht bloß aus ihrer Haut Kiemen schneidet. X. Y. Z.

## Zur Urabstimmung.

Aus Berlin.

Es könnte fast den Anschein haben, daß sich in Berlin in Betreff der Ausschreibung der Extrasteuer von Seiten des Verbandsvorstandes eine gewaltige Erregung erhoben hätte, doch sieht man genauer und unbefangener hin, so ist es durchaus nicht der Fall. Es wird selbst von den Gegnern der Extrasteuer nicht bestritten, daß die durch den Streit so stark in Anspruch genommene Klasse wieder gefüllt werden muß; dagegen wird nun immer behauptet, daß die Erhöhung des Beitrags die erst eben gewonnenen Mitglieder zum Verlassen des Verbandes veranlaßt. Wer noch keine Ursache gefunden hatte, dies zu thun, dem wird dadurch erst ein Grund in den Mund gelegt. Das nehmen Viele von den Indifferenten, den Mit- und Zukäufern, wahr, da sie sich andererseits gescheut hätten, nachdem sie ihre Vorteile durch die Organisation erlangt haben, so offensichtlich den Verband zu verlassen; wenn gar nun hier und da die Absicht durchblüht oder auch schon ausgeführt worden ist, selbst ein Vereinchen zu bilden, so liegt darin wohl nur eine Umgehung der Zahlung der Extrasteuer, da, sobald es sich um ernsthaften Konflikt mit den Unternehmern handelt, eine kleine Organisation gar nicht im Stande ist, irgendwie kraftvoll dem Unternehmertum entgegenzutreten, wenn sich dieselbe nicht der Unterstützung starker und wehrhafter Verbände sicher ist.

Es würde auch wohl selbst, nachdem der Extrabeitrag nicht mehr erhoben würde, von Mitgliedern eines solchen Vereins oder von anderer Seite aus der Versuch ge-

macht werden, dieselben wieder zum Verband zurückzuführen.

In Uebrigen ist es nicht zutreffend, daß alle Diejenigen, welche den Antrag auf Urabstimmung unterzeichnet haben, gegen die Extrasteuer sind. Es wird sich ja bald herausstellen, nachdem die Sache einmal im Gange ist, ob für die Abschaffung des Extrabeitrags sich so viel Stimmen zusammenbringen lassen, als überhaupt Unterzeichner vorhanden sind. Wie weit man sich dabei verrennt, um gegen die Maßnahmen des Verbandes vorzustreiten, so können, dafür neben anderen bereits durch die Zeitung bekannt gewordenen Aeußerungen noch Folgendes:

„In der am 28. November abgehaltenen Generalversammlung wurde vom Kollegen Weinschild die Ansicht ausgesprochen, daß nur diejenigen, welche einen Vortheil von einer Lohnbewegung gehabt hätten, verpflichtet wären, die Extrasteuer zu entrichten.“ Es klingt schon an und für sich absurd, hier Mitglieder erster und zweiter Klasse schaffen zu wollen; denn es ist auch gar nicht durchführbar, da bei einem Wechsel der Branchen, wie es hier häufiger vorkommt, nicht nachweisbar ist, ob noch die Vortheile für den Betreffenden vorhanden sind oder nicht.

Es ist eine alte Erfahrung, daß man immer der Meinung ist, daß hinter Denjenigen, welche gewaltig scheinen, eine große Masse sich befindet. So oft ist man vom Gegentheil überzeugt worden und immer wieder läßt man sich täuschen.

Meine Reise durch den 4. Gau.

Auf Wunsch der dortigen Kollegen wurde ich seitens des Gauvorstandes beauftragt, in Hannover, Braunschweig, Bielefeld, Kassel und Halle über „Die Lohnbewegung in Berlin, Leipzig und Stuttgart und deren Wirkung auf das übrige Deutschland“ zu sprechen. Der Besuch der Versammlungen ließ, besonders wenn man die große Zahl der in einzelnen der betreffenden Städte beschäftigten Kollegen in Betracht zieht, zu wünschen übrig, trotzdem die Bevollmächtigten eifrig dafür agitiert hatten. Es fehlten eben häufig gerade diejenigen Personen, um deren Heranziehung zur Organisation es uns vor Allem zu thun ist. Die Anwesenden aber zeigten überall großes Interesse an dem Thema und ich habe den Eindruck gewonnen, daß auch in all' den Städten tüchtige und überzeugungstreue Kollegen vorhanden sind. Wäre nur ein größerer Theil der Berufsgenossen an den einzelnen Orten organisiert, so würde es nicht schwer sein, die oft recht elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentlich zu verbessern.

Mehrfach wurde in den Diskussionen die Frage der Extrasteuer behandelt. Man fand es sonderbar und unvernünftig, daß gerade von den Berliner Kollegen die Opposition gegen die Extrasteuer ausgeht, da doch sie die größten Vortheile durch die Lohnbewegung erlangen haben und nun nicht diesen geringen Aufschlag zahlen wollen, um es auch den Kollegen in den anderen Städten einmal möglich zu machen, in den Streit zu treten. Demgegenüber habe ich darauf hingewiesen, daß ja viele in den Nebenbranchen beschäftigte organisierte Kollegen keinen direkten Vortheil von der Bewegung gehabt haben und daß außerdem viele sich für die Urabstimmung ausgesprochen haben, weil sie wollen, daß die Frage durch Urabstimmung geregelt werde und bei der Abstimmung für die Extrasteuer stimmen würden.

Unter den fünf Städten war Kassel diejenige, in der die Verhältnisse der Berufsgenossen die allertraurigsten sind. In keiner Stadt kommt schon rein äußerlich der Gegensatz von Reich und Arm so kraß zum Ausdruck, wie hier. Die engen, schmutzigen Gassen, die baufällig aussehenden Häuser, in denen die Arbeiter wohnen, das erbärmliche Pflaster, das schon bei mäßigem Regen eine Menge Pfützen aufweist, das alles steht im krassen Gegensatz zu den prächtigen Häusern, den sauberen, breiten Straßen, in denen die Besitzenden wohnen, zu den Parkanlagen und den Fürstenschlössern mit den vielen unbewohnten Prunkgemächern.

Trotzdem die Lebensmittel keineswegs billiger sind als in Berlin oder Leipzig, werden hier Löhne von 11 bis 15 Mk. bezahlt und zwar bei einer elfstündigen Arbeitszeit. Daß die übrigen Verhältnisse in den Werkstätten dem entsprechen, ist selbstverständlich. Unter solchen Umständen ist es äußerst schwer, die Arbeiter zur Organisation zu bringen. Wenn es aber gelingt — und es muß gelingen, der Anfang ist bereits gemacht — dann ist es eine Kleinigkeit, hier Wandel zu schaffen. Nicht viel besser sind die Verhältnisse in Halle, doch haben die Kollegen hier festgestellt, daß der Minimal-

lohn 15 Mk. beträgt. Die niederen Löhne dieser Städte sind nirgends durch besondere Billigkeit der Lebensmittel gerechtfertigt. Wohl sind die Wohnungen hier und da etwas billiger, aber dieser Unterschied entspricht keineswegs dem Unterschied in der Lohnhöhe.

Wären die Kollegen und Kolleginnen überall fleißig arbeiten an der Organisation und von Mund zu Mund agitieren, dann werden wir es auch dahin bringen, daß der Minimaltarif über ganz Deutschland zur Geltung kommt.

Nichts gelernt und Alles vergessen

haben die Offenbacher Portefeuller, so sagte ich mir, als ich die kurze Notiz in Nr. 48 unserer Zeitung las, wonach die Portefeuller Offenbachs sich ein billiges Fachvereindchen geleistet haben. Glauben denn die Offenbacher Kollegen wirklich, mit solchen Quertreibereien Erfolge zu erzielen? Oder sind sie der Meinung, mit einer solchen Organisation dem brutalen Unternehmertum zu imponieren? Die Herren Fabrikanten werden sich ins Häuslein lachen und sagen: „Nun haben wir Ruhe auf Jahre hinaus.“ Denn den Gedanken, mit einer solchen Lokalorganisation einen Angriffsstreit zu wagen, werden wohl selbst die Offenbacher nicht ernstlich erwägen. Dieser Fachverein wird also weiter nichts werden, als ein simpler Unterstützungsverein, wenn er sich seine Mitglieder erhalten will. Ich habe ja auch versucht, vor Jahren, als ich noch in Offenbach thätig war, dem Verband Mitglieder zu erwerben, bekam aber von den in dieser Beziehung versuchte praktischen Offenbachern stets die Antwort: „Was bietet mir der Verband? Nichts. Fliege ich aus einer Bude raus, so fliege ich in die andere hinein und zum Streit kommt es ja doch nicht.“ Das ist ja eben das Erbärmliche, dieses „Was bietet mir der Verband?“ Die Offenbacher Kollegen können sich eben — wie die meisten unserer Kollegen — nicht an den Gedanken gewöhnen, daß der Verband in erster Linie eine Kampfororganisation und kein Unterstützungsverein ist. Oder haben auch die Offenbacher den Hintergedanken, den ich seiner Zeit von Berliner Fachvereinsmitgliedern habe offen aussprechen hören, daß der Verband im Falle eines Streits die „versuchte Pflicht und Schuldbigkeit“ habe, den Fachvereinslern finanziell unter die Arme zu greifen? Nun, zwei Mal war der Verband so dumm, dieses zu thun, ob er es aber ein drittes Mal sein wird, wage ich stark zu bezweifeln. In Berlin wird ja der Gebante einer Sonderorganisation für uns Portefeuller schnell Freunde erwerben und es würde mich gar nicht Wunder nehmen — köse Beispiele verderben gute Sitten — wenn in einer der nächsten Nummern unserer Zeitung eine Kritik des gleichen Inhalts von Berlin zu finden wäre. Motiviert würde dann dieses Vorgehen ebenfalls mit den „riesigen“ Beiträgen für den Verband. Ja, Kollegen, welche Beiträge sind denn Euch nicht zu hoch? Der Berliner Fachverein erhob, so viel ich weiß, eine monatliche Steuer von 30 Pf. Da aber viele selbst diese 7 Pf. pro Woche nicht bezahlten, wurden Kassierer angefeindet, die hauptsächlich von ihren Kollegen die Treppe hinabgeworfen worden sind, als sie die Beiträge einzulösen wollten. Ich würde das selbst für unmöglich halten, wenn es nicht in einer Fachvereinsversammlung konstatiert worden wäre. Und nicht viel besser wird es Euch gehen, ihr Offenbacher. Denn zu Neppelwein und Bier hat der Offenbacher Portefeuller stets Geld, während er für die Organisation keinen Pfennig übrig hat. Und deshalb, Kollegen, gebe ich Euch den guten Rath: Nehmt Cure 20 Pf. und werft sie in den Main, dann hört Ihr sie wenigstens plumpsen — wie man hier zu Lande sagt.

Leipzig. Paul Frißche, Portefeuller.

Die Beilegung des Konfliktes der Zahlstelle Altenburg mit Herrn Buchwald.

Die in Nr. 45 unserer Zeitung in unserem Bewegungsbericht über Genosse Buchwald gemachten Ausführungen haben in hiesigen Arbeiterkreisen Aufsehen, in der Zahlstelle Aufregung verursacht. In zwei gemeinschaftlich mit Buchwald abgehaltenen Versammlungen, in denen das erste Mal ein Vertreter der Partei, das andere Mal ein Vertreter des Gewerkschaftskartells anwesend war, konnte eine Einigkeit nicht erzielt werden. Wir unterbreiteten zur Schlichtung des Streits dieses dem hiesigen Gewerkschaftskartell, dessen Berathungsergebnis die Annahme folgender, von Genosse Meißner eingebrachte Resolution ist. „Die Behauptung: Buchwald habe in einer Ver-

rathung des Ausschusses der hiesigen Buchbinderinnung über die Lohnforderung der Gehilfen die Aeußerung gethan, 18 Mk. Minimallohn sei zu hoch, hat sich nicht als zutreffend erwiesen. Buchwald hat eine diesbezügliche Aeußerung nicht im Allgemeinen, sondern nur in Bezug auf sein Geschäft gethan, wenn ein Arbeiter zu seiner Spezialarbeit angeleitet werden müsse. In Folge dieser Feststellung sind die aus dieser Behauptung gegen Buchwald gezogenen Schlüsse falsch und hinfällig geworden.“

Andererseits muß aber gesagt werden:

1. Die Angriffe auf seine Person hat Buchwald selbst verschuldet, indem er sich in Bezug auf den strittigen Punkt unklar und zweideutig ausgesprochen hat.

2. Unbeschadet seiner Eigenschaft als Mitglied der Zwangsinnung hätte Buchwald sehr wohl für den Minimallohn von 18 Mk. eintreten können. Man kann es den Buchbindergehilfen nicht verargen, sind sie mit Buchwald ob seiner Haltung in diesem Punkte unzufrieden.

3. Die von Buchwald für seinen Austritt aus der Buchbinderorganisation angegebenen Gründe können als stichhaltig und triftig nicht bezeichnet werden. Wären auch die Gründe des Austritts in dem nicht immer taktvollen Verhalten einzelner Buchbindergehilfen liegen, so mußte doch Buchwald als langjähriger Arbeitervertreter diese Frage von einer höheren Waite beurtheilen und Mitglied der Arbeiterorganisation bleiben. Wäre Buchwald nicht ausgetreten, hätte er sich sicher die unangenehmen Auseinandersetzungen in letzter Zeit mit den Buchbindergehilfen erspart.

4. Das Verhalten der Buchbindergehilfen kann als taktisch richtig und tadellos nicht immer bezeichnet werden. Ist das Eintreten Buchwalds für 18 Mk. Minimallohn selbstverständlich, dann aber auch, daß die Buchbindergehilfen zu ihren diesbezüglichen Berathungen Buchwald zuzogen, der ihnen als parteipolitischer Freund doch etwas näher steht und zweifellos für die Forderungen eingetreten wäre, hätte vorher zwischen ihm und den Gehilfen eine Aussprache stattgefunden. Da die Buchbinder Bezug nehmen auf Buchwald als Volksvertreter, hätten sie sich auf ihre Rechte und Pflichten besinnen müssen, die sie als Wähler und Parteigenossen des Herrn Buchwald haben, d. h. sie hätten an Buchwald und die zuständigen Arbeiterkörperschaften appellieren müssen, bevor sie an die Oeffentlichkeit traten. Das haben sie nicht gethan und verdienen Tadel.

Wir bringen diese Resolution zur Veröffentlichung ohne irgend welchen Kommentar dazu; nicht aber ohne den von Buchwald in seiner Erwiderung in Nr. 47 dieser Zeitung angeführten Schlußsatz zurückzuweisen, alles Andere dem Urtheil der Kollegen überlassend.

Die Zahlstelle Altenburg. J. A.: Otto Jänike.

Erklärung. Die in dem Bewegungsbericht von Altenburg gemachten Angaben über den früher von Buchwald in einer hiesigen Hufabrit verdienten Lohn haben sich als unzutreffend erwiesen. Dasselbe ist auch nicht in der Versammlung angegeben worden, in welcher über die Stellung Buchwalds gesprochen wurde, sondern es beruht dies nur auf der persönlichen Aeußerung zweier sonst glaubwürdigen Kollegen. Dies wird darum vom Berichtstatter zurückgenommen. Otto Jänike.

Berichtigung.

Breslau. In Nr. 44 Ihres geschätzten Blattes vom 3. November d. J. brachten Sie einen Artikel: „Schlechte Zustände.“ Der ergebenst unterzeichnete Vorstand steht sich veranlaßt, solch öffentlich ausgesprochenen Unwahrheiten entgegenzutreten zu müssen.

Wenn in den gegenwärtigen Gehilfenbewegungen auch Breslau nicht zurücksteht, so läßt sich dagegen nichts einwenden. Es müßten aber, wenn Wertstaben- oder Lohnverhältnisse als Punkte auf die Tagesordnung gestellt werden, auch, wie anderwärts es geschieht, die Meister mit eingeladen werden, damit sich dieselben gegen eventuelle Angriffe vertheidigen können, hinter dem Rücken Jemanden brandmarken, das kann der unterzeichnete Vorstand absolut nicht für richtig halten.

Es wird seitens der Gehilfen die Höhe des Lohnes besprochen, aber die eventuellen Leistungen der Gehilfen kommen gar nicht in Betracht. Unterzeichneter hat vor mehreren Jahren selbst einmal einem Gehilfen 6 Mk. Lohn gezahlt. Aber betrachte man die Gegenleistung. Von Montag Friß bis Sonnabend Abend hat der betreffende Gehilfe sechs Gartenlauben einfach Halb-

leinwand gebunden ohne Goldtitel, so hat derselbe, glaube ich offen sagen zu können, noch zu viel gezahlt erhalten, denn 1 Mt. Arbeitslohn für eine Gartenlaube so einfach gebunden, ist wohl doch mehr wie anständig bezahlt, selbstredend war mit dieser Zahlung auch sofortige Entlassung verbunden schon aus dem Grunde, mir nicht nachsagen zu lassen, daß ich Gehilfen mit 6 Mt. Wochenlohn beschäftige. Der Durchschnittslohn für hiesige Verhältnisse beträgt 15 Mt., der höchste, so viel mir bekannt, 24 Mt., ausgeschloffen einige Werkführerstellen.

Was die Arbeitszeit anbetrifft, so sind die Angaben in dem betreffenden Artikel Ihres geschätzten Blattes ebenfalls unvollständig, die Firma Ed. Gebauer & Sohn hat 65stündige, die Firma Händel 63stündige und die Firma Drabinski 64stündige und nicht 72stündige Arbeitszeit.

Was die Behandlung der Gehilfen anbetrifft, so entzieht sich das meiner Beurteilung und kann ich von meinem Standpunkt nur sagen, daß mancher Gehilfe sich oft mehr Rechte anmaßt, als der Meister überhaupt hat.

Es hat mir kürzlich ein Gehilfe, ich kann auch den Namen nennen, Herr Karl Hahn, auf mein Anrathen, sich doch selbständig zu machen, geantwortet: er denkt gar nicht daran, er steht sich als Gehilfe besser wie als Meister; derselbe hat schon die goldene Zeit der Selbstständigkeit, allerdings nur ganz kurze Zeit, genossen. Aber soweit ich mir ein Urtheil über die Behandlung der Gehilfen erlauben darf, so dürfte wohl das alte Sprichwort Platz greifen können: „Wie man in den Wald hineinschallt, so schallt es wieder heraus.“

Eine verehrliche Redaktion möchte ich bitten, solche eingesandte Artikel doch erst bezüglich ihrer Richtigkeit prüfen zu wollen, ehe sie Aufnahme finden, namentlich wo Firmen öffentlich genannt werden.

In dem ich bitte, dieser Rechtfertigung Platz in Ihrem geschätzten Blatte gewähren zu wollen, zeichnet

Der Vorstand

der Breslauer Buchbinder-(Zwangs-)Znngung. Siele, Obermeister.

Herr G. Fiebig berichtet, daß bei ihm nur 60 Stunden, nicht 66 gearbeitet werden, auch sei es unvollständig, daß er einem Gehilfen 6 Mt. Wochenlohn gezahlt habe.

**Berichte über Lohnbewegungen.**

**Zugzug fernhalten! nach Wald bei Solingen.** Pforzheim. Ueber sämtliche Buchbinderereien und Kartonnagenfabriken ist die Sperre verhängt.

**Dortmund.** Die Werkstatt von Otto Schmidt ist gesperrt.

**Bremen.** Ueber nachfolgende Werkstuben ist die Sperre verhängt:

Wilhelm Böhm, Buchbinderei, Fr. v. Minden, Kartonnagenfabrik, A. Pohlmeier, Papierhandlung.

**Berlin.** Die Luxuspapierfabrik von Sala, Schützenstr. 59, ist gesperrt.

**Würzburg.** Die Werkstatt A. Gresser ist gesperrt.

**Frankfurt a. M.** Hier selbst ist die Sperre verhängt über die Werkstuben: F. Böhm, L. Stiefel, Such & Eid, Manbach.

**Korrespondenzen.**

**Königsberg i. Pr.** Am 10. Nov. d. J. hielten die hiesigen Kollegen eine Versammlung zwecks Gründung einer Zahlstelle ab. Den Vorsitz führte Genesse Forunski. Derselbe wies darauf hin, daß es durchaus nöthig ist, sich zu organisiren, da hier Verhältnisse herrschen, die aller Beschreibung spotten. Die anwesenden Kollegen beglückten schon lange den Wunsch, dem Verband beizutreten; es ließen sich sofort 12 derselben aufnehmen. Zum Lokalvorstand wurden drei Kollegen durch Stimmzettel gewählt: Wiener, erster Bevollmächtigter; Schneiderei, Kassier, und Trotte, Schriftführer. Als Revisoren: Kollegen Wagner und Kastmir. Ferner wurden drei Vertrauensmänner gewählt, denen das Einziehen der Beiträge und das Vertheilen der Zeitungen obliegt. Versammlungen finden am Sonnabend vor dem Ersten eines jeden Monats statt. Lokal: Schnee, Alststr. 44. Ferner wurde beschlossen, den Tilfiter Kollegen für den Mahnruf in Nr. 45 des Verbandsorgans herzlich zu danken. Derselbe kam zwar ein paar Wochen zu spät, aber immerhin zeugte er von gutem Willen. Zum Schluß brachte Kollege Trotte ein Hoch auf das Blühen und Gedeihen der neuen Zahlstelle aus, in welches sämtliche Kollegen kräftig

mit einstimmten. Somit war das Geschäftliche erledigt. Nun folgte der gemüthliche Theil und wurde es 2 Uhr Morgens, bis man sich trennte.

Durch tüchtige Agitation ist es uns gelungen, noch mehr Mitglieder dem Verband zuzuführen, so daß bei der Versammlung am 1. Dezember bereits 17 männliche und 5 weibliche der hiesigen Zahlstelle angehörten. Weitere Beitrittserklärungen stehen in Aussicht. Die Tilfiter Kollegen hatten recht, indem sie uns in Nr. 45 zuriefen: Königsberger wacht auf! Wir sind jetzt aufgewacht, um treu zum Verband zu halten und gemeinschaftlich mitzukämpfen. Trotte.

**Berlin.** Am Mittwoch den 28. November fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die bevorstehende Urabstimmung eventuell Anträge hierzu. 2. Abrechnung vom Urania-Besuch und vom Stiftungsfest. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Einem Geschäftsordnungsantrag zufolge wird zuerst die Abrechnung gegeben. Diese stellt sich wie folgt: a) Urania-Einnahme 414 Mt., Ausgabe 355 Mt., Ueberschuß 59 Mt. b) Herbstvergütungen: Einnahme 508,90 Mt., Ausgabe 354,40 Mt., mithin mehr 154,50 Mt. Kollege Mewes hat vom Herbstvergütungen trotz wiederholter Mahnung noch nicht abgerechnet. Dem Kassier wird auf Antrag Deschape ertheilt.

Es wird nun in die Verhandlung des ersten Punktes eingetreten und theilt Schumacher mit, daß von Seiten des Verbandsvorstandes ein Schreiben des Inhalts eingegangen sei, daß der Verbandsvorstand und Ausschuß keine weiteren Fragen zur Urabstimmung zulassen als die bereits gestellte. Demzufolge werde er über eventuell gestellte Anträge aus der Versammlung nicht abstimmen lassen. Ferner giebt Schumacher bekannt, daß die Verwaltung den in letzter Generalversammlung gestellten Antrag, „den Verbandsvorstand und Ausschuß nochmals zu ersuchen, die Extrasteuer bis zur Urabstimmung zu inhibiren“, nicht ausgeführt habe. Goldschmitt ist der Ansicht, daß der Verbandsvorstand gegen das Statut handelt, wenn er weitere Anträge nicht zuläßt. Es befindet sich kein Paragraph in unserem Statut, der hierzu herangezogen werden könne. Ebenso unrecht handle Schumacher, wenn er diesbezügliche Anträge nicht zur Abstimmung brächte. B. Hoffmann steht auf demselben Standpunkt. Er wünscht zu wissen, weshalb die Verwaltung den angenommenen Antrag der letzten Generalversammlung nicht ausgeführt hat. Dytomski: Der Verbandsvorstand sei ganz im Recht. Die Extrasteuer hat Berlin diesmal rebellischer gemacht als 1896. Und doch sei diese notwendig. Er bezeichne die Ausschreibung als ein gutes Werk des Verbandsvorstandes. Man muß bedenken, daß wir eine mit Erfolg durchgeführte große Lohnbewegung hatten. Wir haben aus unserer Kasse eine große Summe verbraucht. Nun wird gesagt, der Verbandsvorstand hat den Fehler gemacht, diese Extrasteuer nicht vor der Bewegung ausgeschrieben zu haben. 1896 sagte man, es sei ein Fehler, weil diese Extrasteuer nicht erst nach der Lohnbewegung gekommen sei. Aber diese Argumente sind nicht stichhaltig. Wir haben doch noch Lohnbewegungen! Wenn auch nicht in Berlin, Leipzig und Stuttgart, so doch aber in verschiedenen Städten Deutschlands. Es ist nun aber verkehrt, anzunehmen, daß unsere Kollegen die 10 Pf. pro Woche nicht leisten können oder wollen. Sie haben große Vortheile durch unsere Bewegung erlangt und so haben sie auch die Pflicht, wieder dafür zu sorgen, daß die Kasse wieder gefüllt werde. Wir müssen doch Unterstützungen an Arbeitslose auch zahlen. Nun kann eine schlechte Geschäftskonjunktur auch kommen. Jetzt haben wir 80 Arbeitslose. Im Januar vielleicht 200; das kostet auch Geld. Im Uebrigen stehe fest, daß Gewerkschaften mit hohen Beiträgen etwas zu erbringen leichter im Stande sind als mit niederen. Nebner wendet sich zum Schluß noch gegen die Anstifter der in letzter Zeit stattgefundenen regelmäßigen Nabaunersammlungen und ersucht die Mitglieder, selbst mit dafür zu sorgen, daß es etwas ruhiger in unserer Zahlstelle werde.

Wilhelm: Der Verbandsvorstand habe nicht das Recht, Anträge zur Urabstimmung nicht mehr zuzulassen. Der § 51 des Statuts spricht wohl davon, daß der Verbandsvorstand, wenn Anträge vorliegen, solche sichten und diese, falls sie die Urabstimmung unnöthig erschwern, zurückweisen kann. Nicht aber kann der Vorstand und Ausschuß weitere Anträge von vornherein nicht zulassen. Nebner polemisiert im Weiteren gegen die letzten Auslassungen Dytomskis. Vom Kollegen Goldschmitt ist folgender Antrag eingelaufen: Die Zahlstelle Berlin wolle folgenden Antrag zur Urabstimmung

unterbreiten: „Der Verbandsauschuß ist beauftragt, Beschlüsse des Verbandsvorstandes jederzeit zu kassiren.“ Schumacher erklärt, er bringe diesen Antrag nicht zur Abstimmung. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beantragt Hoffmann, die heutige Versammlung wolle beschließen: Da das Vorgehen des Verbandsvorstandes und Ausschusses statutenwidrig ist, gegen dasselbe zu protestiren. Goldschmitt ersucht zur Geschäftsordnung, den von ihm gestellten Antrag ebenfalls zu diskutieren.

Bergmann: Er erachte es für wichtig, daß nur die eine Frage zur Abstimmung kommt. Hoffmann habe doch selbst den Antrag gestellt, über diese Frage solle eine Urabstimmung anberaunt werden. Wir hätten auch das eine Fünftel der Stimmen nicht zusammen bekommen, wenn es nur geheißen hätte, Berlin beantrage eine Urabstimmung. Hoffmann wolle wissen, weshalb die Verwaltung den Antrag der letzten Generalversammlung, „den Verbandsvorstand und Ausschuß nochmals zu ersuchen u. s. w.“, nicht ausgeführt habe. Nach dem ersten Bescheid des Verbandsvorstandes war eine Ablehnung sicher. Die Verwaltung stellte sich deshalb auf den Standpunkt, daß der Zahlstelle Berlin mit einer einmaligen Blamage gedient sei, daß sie weitere Blamagen verhüten wolle.

Bär: Er halte die Beschwerde Hoffmanns und den Antrag Goldschmitts für begründet. Er würde selbst einen derartigen Antrag gestellt haben wie Goldschmitt. Vor der Hand bitte er, doch endlich einmal abzugeben vom nutzlosen Protestiren. Es ist selbstverständlich, daß wir, nachdem wir eben eine große Lohnbewegung hinter uns haben, für 45 Pf. eintreten werden. Was ihn hauptsächlich veranlasse, hierzu zu sprechen, sind die Angriffe in verschiedenen Zahlstellen gegenüber der Zahlstelle Berlin. Es wird da gesagt, die Kleinen sollen immer Geld aufbringen, während es die Großen verbrauchen. Dem gegenüber stelle er fest: Berlin hat zum letzten Streik 28000 Mt. gebraucht, hat aber während der letzten drei Jahre ungefähr 60000 Mt. an die Verbandskasse abgeliefert. Speziell die Ausführungen des Kollegen Schlegel-Dresden veranlassen ihn zu konstatiren, daß wir (d. h. die Organisation) vom Kollegen Schlegel noch keinen Nutzen gehabt haben, wohl aber hat der Kollege stets sein Talent bewiesen, Spaltungen in unseren Reihen zu veranlassen.

Krause stellt fest, daß wir das Fünftel der Mitglieder nur deshalb zusammen bekommen haben, weil man eine Urabstimmung über diese Frage verlangt, nicht weil der Beitrag 10 Pf. höher geworden ist. Hätte der Verbandsvorstand gleich statt zu diskutieren eine Urabstimmung anberaunt, so wären wir wohl in großer Mehrheit für 45 Pf. eingetreten. Wer meint es denn ernst mit seiner Organisation, derjenige, der pro Woche 50 Pf. zur Verbesserung seiner Lage ausgibt, oder der, der 10 Pf. dafür opfert? Wenn unsere Lage so traurig wäre, daß 10 Pf. dabei eine Rolle spielen, so können wir uns begraben lassen. Es ist ja mit 10 Pf. Beitrag nicht einmal möglich, die Agitationskosten zu bestreiten. Nun behaupten einige Leberarbeiter, sie können die Beiträge nicht zahlen. Er behaupte, auch diese sind heute schon im Stande, es zahlen zu können. Die Angriffe der kleinen Zahlstellen gegen Berlin oder vielmehr gegen die Großen, hätte der Verbandsvorstand schon längst durch Zahlen richtig stellen sollen.

Goldschmitt: Es ist schwer, Anträge zu stellen, wenn man nicht weiß, ob sich die Zahlstelle Berlin dem Ulas des Verbandsvorstandes fügen will. Er stehe in Betreff des Extrabeitrags auf den von dem Kollegen Bär, Dytomski und Krause vertretenen Standpunkt. Weiter beantrage er, darüber abzustimmen, ob Schumacher das Recht habe, über einen Antrag nicht abstimmen zu lassen. Nebner polemisiert gegen die Schlusssatzungen Dytomskis.

Weinschild: Dytomskis Behauptung, daß das Murren gegen die Extrasteuer allein wieder wie 1896 von Berlin komme, ist unrichtig. Dresden, Frankfurt, Offenbach, Fürth sind doch auch Zahlstellen unseres Verbandes. Und noch eine ganze Anzahl anderer Zahlstellen führen in unserem Organ an, daß jede Agitation durch den 45 Pf.-Beitrag hinfällig, ja unmöglich werde. Wer in der Agitation thätig war, weiß, daß schon 35 Pf. oft genug als zu viel bezeichnet wurden. Es steht auch mal fest, daß manchen Kollegen 35 Pf. zu zahlen schwerer ankommt als anderen 1 Mt. Man müsse eben, wolle man da einen Ausgleich versuchen, Mittel finden, wonach denen, die eben nur 35 Pf. zahlen wollen und nur können, auch die Möglichkeit gelassen werde, unserer Organisation anzugehören. Eine Frage, ob dem Verbandsvorstand und Ausschuß die Rechte des § 8 be-

(Fortsetzung siehe Seite 396, 2. Spalte.)





Thomsa in Bern. Werden Ihrem Wunsche entsprechen.  
 H. E. in Sch. Sie müssen zunächst angeben, wo die  
 Betreffenden zuletzt Mitglieder waren; so können wir die  
 Frage nicht beantworten.  
 R. B. in W. Bitte, schicken Sie uns doch erst selbst  
 einmal ein Exemplar dieses Werkes ein, dann können  
 wir demselben unter „Literarisches“ Erwähnung thun.  
 A. B. in B. Habe mir eine kleine Anmerkung ge-  
 stattet, hoffentlich Deine Zustimmung. Würde mich gern  
 zur Verfügung stellen; viel ist nicht mehr auszuweisen.  
 Die meisten schon vor Voriger verloren.  
 G. W. in B. Ruhet sanft im — Papierkorb.  
 E. Sch. in D. In nächster Nummer.  
 Zurückgestellt: Berlin und Bremen.

**Auffang.**

Für die Ausgesparten sind weiter bei der Verbands-  
 kasse eingegangen: Von Magdeburg 25,66 M., Mann-  
 heim 7,30 M., Stuttgart 95,10 M. und vom Schwei-  
 zerischen Buchbinderverband 40 M. Zusammen 168,06 M.  
 Gesamtsumme der bis zum 10. Dezember einge-  
 gangenen Gelder 6613,73 M. **E. Hauelsen.**

**An die Mitglieder des 1. Gau.**

Nachdem sich der Gauvorstand mit den Zahlstellen,  
 sowie Vertrauensleuten ins Einvernehmen gesetzt hat, ob  
 ein Gautag von Nötigen sei, und dies von der Majorität  
 der Zahlstellen bejaht wurde, hat der Gauvorstand einen  
 solchen auf den zweiten Weihnachtsfeiertag, Vormittags  
 9 Uhr, anberaumt, und zwar findet derselbe in Berlin  
 im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, statt.

Auf der Tagesordnung steht vorläufig: 1. Bericht  
 des Gauvorstandes, 2. Situationsbericht, 3. Unsere fernere  
 Agitation und 4. die diesjährigen Lohnbewegungen.

Die Referenten werden auf dem Gautag bekannt  
 gegeben.

Die Zahlstellen, sowie diejenigen Ortschaften, an  
 welchen sich Vertrauensleute befinden, werden ersucht,  
 auf dem schnellsten Wege die Delegiertenwahlen vorzu-  
 nehmen. Außerdem wolle man etwaige Anträge, sowie  
 die erwählten Delegierten bis spätestens den 18. Dezember  
 dem Gauvorstand bekannt geben; die Bekanntgabe der  
 Delegierten ist bringend notwendig, damit für geeignete  
 Wohnungen gesorgt werden kann.

Indem wir eine recht zahlreiche Beteiligung er-  
 warten, verbleiben wir

Mit kollegialem Gruß

**Der Gauvorstand.**

J. A.: Andreas Baer.

NB. Etwaige Zuschriften sind zu richten an Alb.  
Bergmann, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

**Anzeigen.**

**Plauen i. V. Plauen i. V.**

Sonnabend den 16. Dezember, Abends 7/9 Uhr, in  
der „Königsburg“, Königstraße

**Öffentliche Versammlung**

der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen.

708] Tagesordnung: [1,60

„Kulturentwicklung, Kulturhindernde und  
Arbeitervereine.“ Vortrag von Kollege  
Rob. Albert aus Zwickau.

Um allseitiges Erscheinen der Kollegen bittet

**Die Ortsverwaltung.**

**Zahlstelle Berlin.**

Montag den 31. Dezember

**Sylvester-Feier**

im großen Saal des

„Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15,

unter gütiger Mitwirkung des

**Buchbindermänner-Chors.**

**Grosser Ball.**

**Sylvester-Scherze. — Neujahrs-Post.**

Billets für Herren 50 Pf. inkl. Tanz, für Damen 25 Pf.

Anfang 8 1/2 Uhr Abends.

Billets sind in sämtlichen Zahlstellen, bei den Ver-  
trauenspersonen, sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II,  
zu haben. [2,40

Um recht zahlreichen Besuch bittet

**Die Ortsverwaltung.**

709]

**Buchbinder-Männerchor Berlin.**  
 701.] (Mitgl. d. Arb.-Sänger-Bundes.) [2,10  
 Dienstag den 25. Dezember  
 (1. Feiertag)

**Weihnachts-Feier**

in Feuersteins großem Saal,  
Alte Jakobstraße 75,  
bestehend in

**Gesang, Tanzkränzchen**  
und  
**grosser Verlosung.**

Anfang 6 Uhr. Entree inkl. Tanz 30 Pf.  
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein  
**Der Vorstand.**

Ein durchaus tüchtiger [2 00

**Buchbinder,**

im Schneiden von Etiketten bewandert, für dauernde an-  
genehme Stellung gesucht.

**L. Geissendörfer,**

Lithographische Kunstanstalt (G. m. b. H.),  
Karlsruhe.

„Zum Gutenberg“ Leipzig, **Johannsgassel 19.**

Guter bürgerlicher Mittagstisch, reichhaltige Stammtische,  
ff. Lagerbier 2 Glas 25 Pf., echt Bayerisches à 15 Pf.,  
Gesellschaftszimmer. 712] [1.00 **Joh. Rohm.**

Unserem Freunde und Kollegen **Max Wex** zu  
seiner Abreise ein 713] [0,60

**„Herzliches Lebewohl!“**  
Stammtisch der Schlender München.

**Gravirungen**

zur Hand und Presse nach jeder Zeichnung werden sauber  
angefertigt von 714] [1,20

**F. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36.**

Empfehle den werthen Kollegen und Kolleginnen zu  
bevorstehendem **Weihnachtsfeste** meinen 715] [1,20

**ff. Christbaumbehang,** sowie  
**feine Leb- & Sonigtuchen zc.**

**Leipzig-Kendrik. G. Michael.**  
Erladen. Kohlgarten Erladen.  
und Altienstraße.

**Dresden.**

**Restaurant E. Adam**

**Kaulbachstraße 16**

empfehle werthen Freunden und Genossen **feine großen,  
rauschfreien Lokalitäten,** nebst **gutgepflegten Bieren,  
kalten und warmen Speisen** einer geneigten Beachtung.  
716] **Verkehrstotal der Buchbinder.** [2,00

**Abrechnung**

über die Lohnbewegung und Aussperrung der Buchbinder in Stuttgart.

**a) Einnahmen.**

Von der Zentralkasse erhalten . . . . .	7600,— Mf.
Von der Lokalkasse erhalten . . . . .	1834,— „
Auf Listen gesammelt von den in Arbeit gebliebenen Kollegen . . . . .	937,45 „
Auf Sammellisten beim Streikbureau eingegangen . . . . .	19,— „
Zurückgezahlte resp. nicht erhobene Unterstützung: für die Zentralkasse . . . . .	84,— Mf.
für die Lokalkasse . . . . .	13,85 „
<b>Summa</b>	<b>9938,30 Mf.</b>

**b) Ausgaben.**

<b>1. Streikunterstützung:</b>		
<b>Erste Woche:</b>		
99 verheiratete Gehilfen für . . . . .	594 Tage à 2,— Mf. = 1188,— Mf.	
8 ledige „ „ „ „ . . . . .	18 „ à 2,— „ = 36,— „	
124 „ „ „ „ . . . . .	744 „ à 1,50 „ = 1116,— „	
139 Arbeiterinnen „ „ . . . . .	884 „ à 1,— „ = 884,— „	
195 Kinder . . . . .	à 1,— „ = 195,— „	
<b>3369,— Mf.</b>		
<b>Zweite Woche:</b>		
106 verheiratete Gehilfen für . . . . .	636 Tage à 2,— Mf. = 1272,— Mf.	
8 ledige „ „ „ „ . . . . .	18 „ à 2,— „ = 36,— „	
128 „ „ „ „ . . . . .	768 „ à 1,50 „ = 1144,50 „	
146 Arbeiterinnen „ „ . . . . .	872 „ à 1,— „ = 872,— „	
205 Kinder . . . . .	à 1,— „ = 204,30 „	
<b>3528,80 Mf.</b>		
<b>Dritte und vierte Woche:</b>		
94 verheiratete Gehilfen für . . . . .	108 Tage à 2,— Mf. = 216,— Mf.	
8 ledige „ „ „ „ . . . . .	8 „ à 2,— „ = 16,— „	
113 „ „ „ „ . . . . .	123 „ à 1,50 „ = 184,50 „	
145 Arbeiterinnen „ „ . . . . .	257 „ à 1,— „ = 257,— „	
190 Kinder . . . . .	à 1,— „ = 190,— „	
<b>706,25 Mf.</b>		
<b>2. Zuschüsse aus der Lokalkasse:</b>		
<b>Zweite Woche.</b>		
106 verheiratete Gehilfen . . . . .	à 3,— Mf. = 318,— Mf.	
8 ledige „ „ „ „ . . . . .	à 3,— „ = 24,— „	
127 „ „ „ „ . . . . .	à 2,— „ = 254,— „	
1 „ „ „ „ . . . . .	à —,70 „ = —,70 „	
145 Arbeiterinnen . . . . .	à 2,— „ = 290,— „	
1 „ „ „ „ . . . . .	à —,70 „ = —,70 „	
<b>872,40 Mf.</b>		
<b>Dritte und vierte Woche:</b>		
94 verheiratete Gehilfen für . . . . .	108 Tage à —,50 Mf. = 54,— Mf.	
8 ledige „ „ „ „ . . . . .	8 „ à —,50 „ = 4,— „	
113 „ „ „ „ . . . . .	123 „ à —,35 „ = 43,05 „	
133 Arbeiterinnen „ „ . . . . .	149 „ à —,35 „ = 52,15 „	
12 „ „ „ „ . . . . .	108 „ à —,50 „ = 54,— „	
<b>204,70 Mf.</b>		
<b>3. Beiträge zur Ortskrankenkasse für 2 Wochen . . . . .</b>		<b>878,51 Mf.</b>
<b>4. Reiseunterstützung an 8 Durchreisende . . . . .</b>		<b>18,95 „</b>
<b>5. Entschädigung an die Streikkommission für Auslagen zc. . . . .</b>		<b>169,50 „</b>
<b>6. Ausgaben der Druckfachen, Versammlungen zc. . . . .</b>		<b>105,— „</b>
<b>7. Ausgaben der Streikkommission für Druckfachen, Inserate, Porto, Schreibmaterial zc. . . . .</b>		<b>16,86 „</b>
<b>8. Für Musik beim Ausflug am 24. September . . . . .</b>		<b>10,— „</b>
<b>Summa</b>		<b>9879,97 Mf.</b>

**Bilanz.**

Einnahmen . . . . .	9988,30 Mf.
Ausgaben . . . . .	9879,97 „
Mehreinnahmen . . . . .	608,33 Mf.
An die Verbandskasse abgeführt . . . . .	608,33 „

Für die Streikkommission:

**Fr. Lender. Fr. Mittel. A. Stellrecht. Gustav Wurst. Oskar Mücke.**